



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
BUNDESTAGSFRAKTION

# GRÜNE STADT DER ZUKUNFT

UNS GEHT'S UMS GANZE

# GRÜNE STADT DER ZUKUNFT

Immer mehr Menschen zieht es in die Städte und Ballungsräume. Ihr Chancenreichtum, ihre Jobs, ihre Lebendigkeit und Vielfalt machen sie so anziehend. Hier werden die Möglichkeiten und Herausforderungen unserer Zeit besonders sichtbar. Hier zeigt sich deutlich, dass wir Wohnen und Zusammenleben, öffentliche Räume, Energieversorgung und Mobilität sozial und klimaschonend organisieren müssen. Wir Grüne im Bundestag wollen das Potenzial unserer Städte zur Entfaltung bringen, sie als grüne, lebendige Orte der Schönheit und Kultur gestalten.

Foto: Victor Garcia, unsplash



Die großen Herausforderungen wie der Klimawandel sind ohne die aktive Beteiligung der Städte und Gemeinden gar nicht zu bewältigen. Deutschland und Europa stehen hier in globaler Verantwortung. Um die Lebensbedingungen in Städten weltweit zu verbessern, wollen wir, dass Deutschland bei der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals SDG) beispielgebend vorangeht.

Um die grüne Stadt der Zukunft zu gestalten, ist viel zu tun, und viele Fehlentwicklungen gilt es umzukehren. Da sind vor allem die Mieten: Für immer mehr Menschen werden sie unbezahlbar. Ein Grund dafür sind die rasant steigenden Preise für Grund und Boden und für Bauland in den Städten.

Dadurch wird es immer schwerer, bezahlbare Wohnungen oder Gewerberäume zu bauen, aber auch sie zu kaufen oder zu mieten. Zu viele Autos machen den Städten ebenfalls zu schaffen: Wertvolle öffentliche Räume sind zu Straßenraum degradiert: zubetoniert, vollgeparkt, permanentem Lärm und giftigen Schadstoffen ausgesetzt. Es fehlt an kühlendem Stadtgrün und erholsamen Parks, gerade angesichts der zunehmenden Klimaerhitzung. Regelrecht in der Krise sind unsere Innenstädte. Wer kann, zieht woanders hin, und der Einzelhandel kämpft ums Überleben.

# STADT FÜR **ALLE**

*Soziale Bodenpolitik fördern, Flächen schonen,  
Innenstädte behutsam verdichten*

Der Bodenverbrauch in Deutschland ist immens. Jeden Tag wird die Fläche von rund 80 Fußballfeldern in Neubaugebiete und Straßen umgewandelt. Fläche ist ein rares, zunehmend teures Gut geworden. Vor allem in Ballungsräumen ist sie extrem stark nachgefragt. Ein schonender Umgang mit den Flächen in der Stadt ist also eine zentrale Aufgabe verantwortungsvoller Stadtplanung. Zugleich wollen und müssen wir aber mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Da gibt es durchaus Möglichkeiten: 740.000 Wohnungen sind von den Kommunen genehmigt, aber nicht gebaut. Diesen Stau wollen wir auflösen. Auch brachliegendes Bauland gilt es zu aktivieren.

Wir wollen darüber hinaus Wohnungsbau ohne Flächenfraß ermöglichen: auf Dächern, Parkplätzen und Flachbauten. Wir können die Umnutzung leer stehender Büros erleichtern. Auch im Umland und im ländlichen Raum warten Gebäude, Wohnungen und Ortskerne darauf, wiederbelebt zu werden. Damit heben wir bereits vorhandene Flächenpotenziale.

Außerdem brauchen wir eine soziale Bodenpolitik, anders gesagt: Wir müssen die Bodenspekulation in den Griff bekommen. Die Verödung unserer Innenstädte und die Verdrängung einkommensschwächerer Schichten aus den Kernstädten werden wir nicht hinnehmen. Bezahlbare Wohnungen und Räume für Kultur und kleines Gewerbe muss es auch in den Städten wieder geben.



Foto: Chris McCrain, gettyimages



Foto: Thomas Trueschel, gettyimages

Wohnungsaufstockung über einem Parkhaus in Berlin

## DAHER WOLLEN WIR:

- — Den Kommunen Baugebote und Vorkaufsrechte rechtlich erleichtern und diese finanziell günstiger machen.
- — Den Bau günstiger Wohnungen und Gewerberäume mit einem gemeinnützigen Bundesbodenfonds unterstützen.
- — Preistreibende Steuervorteile für große Finanzinvestoren und ihre „Share Deals“ (Anteilsverkäufe) auf dem Immobilien- und Bodenmarkt abschaffen und für mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt sorgen.
- — Innenstädte, Ortskerne und ein dichtes Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten, Gewerbe und Kultur finanziell und in der Bauplanung stärken.
- — Bauflächen erschließen und mit einem „Programm: Hunderttausend Dächer und Häuser“ den Ausbau von Dächern und die Wiedernutzung leerstehender Häuser finanziell fördern.
- — Grün- und Freiflächen schützen, erweitern und zurückgewinnen.



Foto: Dan Kitwood, gettyimages

- — Beschleunigtes Bauen auf Kosten von Natur und Landschaft außerhalb der Städte und Dörfer beenden.
- — Den Flächenverbrauch bundesweit auf höchstens 30 Hektar pro Tag senken. Bis 2030 soll der Nettoverbrauch auf null Hektar sinken. Bis dahin sollen ebenso viele Flächen renaturiert wie neu in Anspruch genommen werden. Dazu wollen wir Anreize setzen und finanzielle Steuerungsinstrumente prüfen.

# BEZAHLBAR UND **VIELFÄLTIG**

Der Druck auf dem Wohnungsmarkt ist enorm: In den Ballungsräumen müssen immer mehr Menschen ihre Wohnungen verlassen oder auf engerem Raum zusammenrücken. Seit 1990 ist mehr als die Hälfte aller Sozialwohnungen verloren gegangen. Jeden Tag fallen weitere 100 Wohnungen aus der Sozialbindung. Mieter\*innen, die jahrelang ein bezahlbares Zuhause hatten, drohen Mietsteigerungen und die Verdrängung aus ihrer Wohnung. Die Miet- und Kaufpreissteigerungen auf dem „freien“ Markt stellen alles Gekannte in den Schatten – nicht nur in München, Frankfurt, Hamburg oder Köln, auch in kleineren Unistädten und im Umland. Hier muss die Politik energisch gegensteuern. Denn der soziale Zusammenhalt bröckelt.

Wir Grüne im Bundestag setzen auf ein umfassendes Maßnahmenpaket für vielfältige Stadtquartiere, in denen sich alle Menschen wohlfühlen. Der Bedarf, Wohnraum energetisch zu sanieren, altersgerecht und barrierefrei umzubauen oder zu errichten, ist riesig. Wohnen muss dabei bezahlbar bleiben. Menschen mit Behinderung müssen überall am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, dazu sind noch viele Barrieren abzubauen. Denn in der grünen Stadt der Zukunft spielt der Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Rolle, über kulturelle Identitäten und Wurzeln hinweg.

## GRÜNE MASSNAHMEN:

- — Rechtssichere regionale Mietobergrenzen einführen und Schlupflöcher bei der Mietpreisbremse schließen, um den Mietanstieg nachhaltig zu bremsen.
- — Ein Förderprogramm des Bundes „Neue Wohnungsgemeinnützigkeit“ in Höhe von drei Milliarden Euro jährlich auflegen, um in den nächsten zehn Jahren eine Million dauerhaft günstige Wohnungen zu errichten und sozial zu binden.
- — Stadtviertel mit vielen benachteiligten Haushalten bei ihrer Integrationsaufgabe stärken, Einrichtungen wie Schulen oder Familienzentren unterstützen.
- — Inklusion und Barrierefreiheit – sowohl im Wohnraum als auch im Quartier – über die Städtebauförderung und KfW-Programme fördern. Mit einem „Bewegungsfreiheitsbonus“ als Zuschuss den Abbau von Barrieren unterstützen.

# FÜR STARKE DÖRFER UND **INNENSTÄDTE**

Unsere Innenstädte sind in der Krise. Als Folge der Coronapandemie und durch die übermächtige Online-Konkurrenz droht Händler\*innen und alteingesessenen Geschäften das Aus. Wir wollen das Leben in die Innenstädte und Ortskerne zurückholen. Es gilt, sowohl Geschäfte und Dienstleistungen als auch das Wohnen in den Zentren attraktiver zu machen.

Ländliche Räume haben vielerorts Probleme, weil gerade junge Menschen wegziehen. Ortskerne veröden, zwei Millionen Wohnungen in Deutschland stehen leer, ebenso viele ortsbildprägende Gebäude wie zum Beispiel Bahnhöfe. Für strukturschwache ländliche wie auch städtische Regionen wird es immer schwerer, ihren Bürger\*innen eine gute und allgemein zugängliche Daseinsvorsorge zu gewährleisten.



Foto: Westend61, gettyimages

Es gibt aber auch Gegenbewegungen. Hier und dort werden Konzepte entwickelt, um zu zeigen, dass das Leben in ländlichen Regionen attraktiv ist. Dafür braucht es allerdings so einiges: gute Schulen und Kitas, Busanbindung, Gesundheitszentren und Hebammenversorgung, Jugend- und Kultureinrichtungen, nicht zuletzt schnelles Internet. Wir wollen die Menschen mit diesen Aufgaben nicht alleinlassen, sondern dazu beitragen, überall gleichwertige Lebensverhältnisse zu realisieren.

## DIE MASSNAHMEN:

- — Der drohenden Verödung der Innenstädte und Ortskerne mit einem Städtebau-Notfallfonds in Höhe von einer halben Milliarde Euro im Jahr entgegenzutreten. Er soll zum Beispiel die Reaktivierung leer stehender Gebäude in Ortskernen fördern. Innenstadt-Manager\*innen können solche Projekte unterstützen oder in Gang setzen.
- — Digitalisierungsinitiativen und Smart-City-Projekte mit 290 Millionen Euro jährlich anregen.
- — Kultur vor Ort stärken, Clubs als Kulturorte anerkennen und einen Schallschutzfonds für Kultureinrichtungen auflegen.
- — Gleichwertige Lebensverhältnisse stärken. Dazu wollen wir strukturschwache Regionen gezielt fördern und Akteur\*innen in den Regionen in die Lage versetzen, bestehende Infrastrukturprobleme zu lösen.
- — Gemeinschaftliche Wohnformen und neue Arbeitsformen wie Co-Working-Projekte fördern und dazu ein Modellprojekt „Neues Leben auf dem Land“ im Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) einrichten.
- — Ein Bund-Länder-Förderprogramm „Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle“ in Höhe von 1,1 Milliarden Euro im Jahr und für eine verlässliche Dauer von zehn Jahren auflegen.
- — Eine regionale Mobilitätsgarantie schaffen: mit schneller und regelmäßiger öffentlicher Verkehrsanbindung für alle in die nächste Stadt und zum nächsten Bahnhof.
- — Eine verlässliche, wohnortnahe regionale Gesundheitsversorgung für alle Menschen sicherstellen. Schnelles Internet für alle durch den Rechtsanspruch auf einen Breitbandanschluss.

# STADT UND **NATUR**



Foto: Andy Andrews, gettyimages

## **Mehr Grün und Wasser für coole Städte**

Mehr als drei Viertel der Menschen in Deutschland leben in Städten. Viele wünschen sich ihren Lebensort grüner, vermissen Möglichkeiten und Freiräume, um Natur zu erleben. Zu viele Grünflächen sind schon Neubauten und Straßen zum Opfer gefallen. Dabei sind Grünflächen ebenso wie Frischluftschneisen und Alleen für das Stadtklima und den städtischen Wasserhaushalt unerlässlich. Viele Tiere und Pflanzen finden in den Nischen der Städte gute Lebensbedingungen. Die Artenvielfalt ist hier größer als in manchen ländlichen Regionen. Für uns gilt ganz klar: Grünanlage vor Asphaltfläche.

Die Klimaerhitzung macht den Städten schon heute zu schaffen. Hier kann es bis zu acht Grad heißer werden als im Umland. Kleinkinder, ältere Menschen und Kranke sind besonders gefährdet. Mehr Klimaanlagen können das Problem noch verschärfen. Mehr Grün in der Stadt kann dagegen die Städte kühlen und die Lebensqualität verbessern.

Wir wollen daher Stadtgrün, Gebäudegrün und die Stadtnatur stärken. Wir setzen auf die „Schwammstadt“, die Wasser speichert und damit die Luft angenehm temperiert. Wir machen die Stadt zum Garten: mit grünen Höfen, Dächern und Fassaden, Flächen für Urban Gardening, Saisongärten und Permakultur.

## **UNSERE MASSNAHMEN:**

- Ein neues Programm „Grüne Freiräume und Wasser für coole Städte“ in Höhe von 800 Millionen Euro innerhalb der Städtebauförderung auflegen und so die Lebensqualität in den Städten für alle erhöhen.
- Naturerfahrungsräume als eine neue Grünflächenkategorie in das Baugesetzbuch aufnehmen und eine ausreichende Grünflächenversorgung in Bauleitplänen stärker berücksichtigen.



# DICHTE

# NETZE

*Gut unterwegs*

Grüne Stadtpolitik setzt auf klimafreundliche, gesunde Mobilität. Stadtviertel mit kurzen Wegen vermeiden Lärm und klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Emissionen. Zufußgehen und Radfahren fördern die Gesundheit. Öffentlicher Nahverkehr macht das private Auto entbehrlich. Weniger Autoverkehr eröffnet Kindern mehr Spielflächen. Eine bessere Vernetzung der Verkehrsmittel nützt auch dem Austausch zwischen Stadt und Land – er dient der Naherholung der Städter ebenso wie der Entwicklung des Umlands. Das schafft Lebensqualität und Mobilität für alle.

Wir Grüne im Bundestag wollen einen intelligenten Mix umweltfreundlicher Fortbewegungsmöglichkeiten. Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen sollen in den Vordergrund rücken, Verkehrsräume sicherer und lebenswerter gestaltet werden, insbesondere auch für Kinder und Ältere.



Foto: Omer Messinger, gettyimages



## GRÜNE MASSNAHMEN:

- Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften einführen und Tempo 50 nur dort zulassen, wo dadurch keine zusätzliche Gefährdung entsteht. Die Kommunen müssen darüber eigenständig entscheiden dürfen.
- Den Anteil von Fuß-, Rad- und öffentlichem Verkehr am Stadtverkehr bis zum Jahr 2030 verdoppeln, ebenso wie die Bundesmittel für das ÖPNV-Netz, und diese ab 2025 verdreifachen.
- Die rechtlichen Bedingungen für gemeinsam genutzte Fahrzeuge (Carsharing) verbessern, insbesondere für Elektroautos.
- Barrieren abbauen durch abgesenkte Bürgersteige sowie in Bus und Bahn, mit besserer Beleuchtung sowie leicht verständlichen Fahrpreisen und Fahrplänen.
- Schutz vor Lärm durch strengere Grenzwerte für Pkw und Motorräder.

# DIE BILDUNG MACHT DEN **UNT** **ERSCHIED**

Vom Fabrikshot zum Hightechlabor – viele Städte sind mittendrin im Strukturwandel. Statt industrieller Erzeugnisse produzieren sie Ideen, Wissen, Dienstleistungen und neue Technologien. Das kreative Potenzial einer Stadt prägt wesentlich die Entwicklung urbaner Räume. Wissenschaft und Forschung legen die Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft und gute Arbeit. Ebenso bedeutend für die Ausstrahlungskraft sind das kulturelle Angebot und Räume für Kreativität und Begegnungen.

Qualifizierte Bildungseinrichtungen sind die Basis der intelligenten Stadt. Wir Grüne im Bundestag folgen der Idee des lebenslangen Lernens. Jede und jeder muss von Anfang an und überall die gleichen Chancen dazu haben. Weder Herkunft noch Wohnort oder Geldbeutel der Eltern, weder Alter noch Geschlecht dürfen die Teilhabe an Bildung einschränken. Vielfältige und gut ausgestattete Bildungseinrichtungen helfen, Potenziale zu entfalten und Aufstiegsmöglichkeiten zu schaffen. Das beginnt mit der frühkindlichen Bildung und hört bei der Volkshochschule noch lange nicht auf.

## **GRÜNE ZIELSETZUNGEN:**

- Die Kindertagesbetreuung ausbauen und für gute Betreuungsschlüssel und verbindliche Qualitätsstandards sorgen.
- Allen Kindern und Jugendlichen Zugang zu Bildung, individueller Förderung und neuen Chancen eröffnen, Bildungsgerechtigkeit herstellen.
- Hochwertige und inklusive Ganztagsangebote und -schulen, eine moderne digitale Ausstattung in jedem Klassenzimmer und mehr Unterstützung für Schulen in benachteiligten Stadtteilen.
- Klimaneutrale Wissenschaft und Forschung unterstützen, Hochschulen zu Ideenschmieden für die nachhaltige Gesellschaft machen, attraktive Rahmenbedingungen für Forschungseinrichtungen, Technologie- und Innovationsparks schaffen, die Kooperation von Hochschulen und Kommunen ausbauen.

# KLIMASCHUTZ

## IN DER STADT

### *Aktionsplan Faire Wärme*

Der Klimawandel ist allgegenwärtig. Gebäude und Bauwerke setzen beim Bau und im Betrieb 40 Prozent des schädlichen CO<sub>2</sub> frei. Wir sind immer noch weit davon entfernt, die geltenden Klimaziele im Gebäudebereich zu erreichen. Das bedeutet verstärkte Anstrengungen, Ressourcen zu schonen, Baumaterialien wiederzuverwenden und beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Dazu müssen wir unsere Städte bis 2050 nahezu klimaneutral machen und schon bis 2040 unsere Gebäude entsprechend umbauen, mit erneuerbaren Energien erwärmen und kühlen.

Die Anforderungen an den Umbau von Gebäuden wollen wir auf die Klimaziele ausrichten. Mit energetischer Sanierung lässt sich der Bedarf an Wärmeenergie deutlich reduzieren und das Heizen auf erneuerbare Energien umstellen. Die Maßnahmen müssen für alle bezahlbar sein und sollen für Mieter\*innen keine Erhöhung der Warmmiete nach sich ziehen.





Foto: Sean Gallup, gettyimages

## WIR WOLLEN:

- Den Gebäudebestand bis 2040 klimaneutral modernisieren, dazu die Sanierungsquote deutlich erhöhen. Die klimagerechte Gebäudemodernisierung und die Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien deutlich stärker fördern.
- Die Förderung einfacher zugänglich machen und klimagerecht auf die Klimaziele und einen klimaneutralen Gebäudebestand ausrichten. Das Niedrigenergiehaus KfW 40 im Neubau und KfW 55 im Bestand müssen zum Standard werden.
- Moderne Verfahren mit deutlich stärkeren Anreizen und passenden Regeln verbreiten. Hierzu zählen die serielle Sanierung, die Digitalisierung am Bau und im Betrieb sowie die Erzeugung erneuerbarer Energien auf dem Dach und im Keller. Außerdem die Einbindung von erneuerbaren Energien und Umweltwärme in Nah- und Fernwärmenetze.
- Die „Faire Wärme“ mit mehr als sieben Milliarden Euro jährlich fördern und dabei Energieberatung und Sanierungsfahrpläne kostenlos bereitstellen. Mit dem Drittelmodell sorgen wir dafür, dass die Kosten fair auf den Staat, Wohnungseigentümer\*innen und Mieter\*innen verteilt werden. Die Förderung soll steigen, die Modernisierungumlage deutlich sinken. So wird klimagerechte Modernisierung ohne Erhöhung der Warmmiete zur Regel.

# RESSOURCEN SPAREN

## BAUWENDE VORANBRINGEN

Das Bauen in Städten und Ballungsräumen gehört zu den größten Ressourcenverbrauchern. Allein 60 Prozent des weltweiten Materialverbrauchs, 50 Prozent des Abfallaufkommens in Deutschland, 35 Prozent des Energieverbrauchs und 40 Prozent der Emissionen entstehen durch Bauaktivitäten und beim Betrieb von Gebäuden. Die Wiederverwertung von Baustoffen ist daher von größter Bedeutung. Und sie hat eine jahrhundertealte Tradition, die wir neu aufleben lassen wollen. Städte und ihre Infrastruktur können das Materiallager der Zukunft bilden, die Fundgrube für „Urban Mining“. Wir Grüne im Bundestag setzen uns für diese Bauwende und den neuen Umgang mit Rohstoffen ein. Das erfordert, den Verbrauch von Primärrohstoffen drastisch zu verringern und in eine echte Kreislaufwirtschaft einzusteigen.

### GRÜNE MASSNAHMEN:

- In der Musterbauordnung (MBO) Nachhaltigkeitsziele und Ressourcenschonung zentral verankern.

- Die Prinzipien von Kreislaufwirtschaft und Urban Mining im Bausektor stärken, dazu ein Gebäuderessourcengesetz und einen Gebäuderessourcenausweis einführen.
- Den Einsatz nachwachsender Baustoffe gezielt fördern.
- Mit Instrumenten der Digitalisierung, wie Building Information Modeling (BIM), eine effektivere und nachhaltigere Planung voranbringen.
- Innovationen in der Zement- und Stahlbranche als bauindustrielle Kernsektoren fördern, damit schrittweise ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß absenken.

### Nachhaltige Beschaffung

Städte und Gemeinden können mit ihrer Nachfrage erheblichen Einfluss ausüben – auf die Qualität von Gebäuden, Fahrzeugen und Dienstleistungen bis zu verschiedensten Produkten. Das Beschaffungswesen der Städte und Gemeinden kann ein Treiber für eine nachhaltige Wirtschaft werden. Daher setzen wir uns für eine faire und ökologische öffentliche Beschaffung ein, unterstützen die zuständige Kompetenzstelle des Bundes und sorgen für bessere Informationen in den Kommunen.

# STADT DER **TEILHABE**

Die grüne Stadt der Zukunft lebt von einer aktiven Teilhabe der Bevölkerung. Erfahrungen mit Bauvorhaben allerorten zeigen: Bürger\*innen fordern Informationen und Beteiligung. Stadtentwicklung darf nicht nur auf dem Reißbrett stattfinden. Die Transformation unserer Städte gehört in die Hände ihrer Bewohner\*innen. Wir Grüne im Bundestag wollen Räume und Gelegenheiten schaffen, um Aufgaben und Konflikte aktiv anzugehen und gemeinsam zu lösen. Besonders wichtig: Beteiligung muss zu einem Zeitpunkt beginnen, an dem es noch wirkliche Planungsalternativen gibt.



Foto: Kyle Nieber, unsplash

## GRÜNE MASSNAHMEN:

- — Bessere und frühzeitige Beteiligung zur Regel machen, gerade auch für Kinder und Jugendliche – im Bau- und Planungsrecht und bei der Vergabe öffentlicher Fördermittel.
- — Dauerhafte und rechtssichere gesetzliche Grundlagen für alternative digitale Beteiligungen im Planungsrecht schaffen, mit digitalen oder hybriden Formaten für Transparenz sorgen, Zeitverzögerungen verhindern und Zugangsbarrieren verringern.
- — Eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen, um Personalmangel in der Planung abzubauen und nachhaltige Beschaffung möglich zu machen.
- — Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes zu einem „Bundestransparenzgesetz“ weiterentwickeln.
- — Mehr Beteiligung an der Gestaltung des eigenen Viertels ermöglichen, zum Beispiel durch städtisches Gärtnern und die gemeinsame Gestaltung grüner Freiräume.

## AUF EINEN BLICK:

- Wir Grüne im Bundestag wollen Städte, die grün, nachhaltig und zukunftsstark sind. Grüne Stadtpolitik ist transparent und bürger-nah. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, die grüne Stadt von morgen ökologisch und sozial zu gestalten.
- Wir wollen eine soziale Bodenpolitik fördern, Flächen schonen und eine gute Mischung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit verwirkli-chen.
- Die Kosten für die energetische Sanierung und den altersgerechten Umbau von Wohnraum müssen fair verteilt und für alle bezahlbar sein. Dabei wollen wir die Menschen umfassend vor Verdrängung aus der eigenen Wohnung und dem Viertel schützen.

- Wir wollen Innenstädte und Dorfkerne stärken.
- Wir stehen für klimaschonende Mobilität: mehr Straßenraum für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen; den Umweltverbund wol-len wir gegenüber dem motorisierten Individualverkehr ausbauen.
- Unser Ziel ist die Stadt der kurzen Wege, mit bezahlbaren Wohnun-gen, Kultur- und Gewerberäumen in den Innenstädten und Ortsker-nen.
- Wir wollen eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommu-nen gewährleisten, um zum Beispiel den Personalmangel in der Pla-nung abzubauen und eine nachhaltige öffentliche Beschaffung zu ermöglichen.



# NOCH FRAGEN?

## ZUM WEITERLESEN:

- ——— Faire Wärme (Leporello 19/58)
- ——— Grüne Wohnoffensive (Flyer 19/73)
- ——— [gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) » Themen » Stadtentwicklung

## BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 19/26182 Aktionsplan Faire Wärme (Antrag)
- 19/23941 Innenstädte fit für die Zukunft (Antrag)
- 19/21531 Klimaresilienz der Städte erhöhen (Antrag)
- 19/17307 Neues Wohngemeinnützigkeitsgesetz (Antrag)
- 19/16047 Spekulation den Boden entziehen, soziale Mischung erhalten (Antrag)
- 19/13071 Stadtentwicklung mit nachhaltiger Städtebau-förderung zukunftsfest ausrichten (Antrag)

Bündnis 90/Die Grünen  
Bundestagsfraktion

Daniela Wagner MdB  
Sprecherin für Stadtentwicklung

### Arbeitskreis 2

Umwelt, Energie, Landwirtschaft  
und Verkehr

TEL 030 227 56789

FAX 030 227 56552

[info@gruene-bundestag.de](mailto:info@gruene-bundestag.de)

*Diese Veröffentlichung informiert  
über unsere parlamentarische  
Arbeit im Deutschen Bundestag.  
Sie darf im Wahlkampf nicht als  
Wahlwerbung verwendet werden.*